



WIRTSCHAFT.**WEITER.DENKEN.**

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Preisverleihung an Prof. Mark Blyth

Wie Europa sich kaputtspart –
Die gescheiterte Idee der
Austeritätspolitik

Berlin, 23. Februar 2015



Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: **Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik**
der Friedrich-Ebert-Stiftung | Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Fax 0228 883 9205 |
www.fes.de/wiso | ISBN: 978-3-95861-169-6

WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Preisverleihung an Prof. Mark Blyth

Wie Europa sich kaputtspart –
Die gescheiterte Idee der
Austeritätspolitik

Berlin, 23. Februar 2015

Vorwort

Kurt Beck

Ministerpräsident a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Wirtschaftstheorie und die Wirtschaftspolitik wird seit geraumer Zeit durch den sogenannten ökonomischen Mainstream, allen voran durch die Neoklassik, dominiert. Andere Theorieschulen und die auf ihnen aufbauenden Politikempfehlungen fanden dagegen insbesondere auch in Deutschland lange Zeit keine größere Beachtung. Spätestens seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007/2008 ist es aber offensichtlich geworden, dass die gängigen wirtschaftstheoretischen Modelle und viele auf ihnen aufbauenden wirtschaftspolitischen Rezepte an ihre Grenzen gestoßen sind. Weder haben führende Wirtschaftswissenschaftler_innen die Finanz- und Wirtschaftskrise kommen sehen, noch scheint mit ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen eine rasche und nachhaltige Überwindung der Krise, vor allem in Europa, zu gelingen. Im Zusammenhang mit vielen Problemen und Herausforderungen unserer Zeit – z.B. die Finanzmarktstabilität, die Massenarbeitslosigkeit,

die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, die Globalisierung oder der Klimawandel – scheint der sogenannte ökonomische Mainstream in den Augen vieler Beobachter_innen keine wirklich adäquaten Antworten und Lösungen zu liefern.

Die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung hat daher im Laufe des letzten Jahres beschlossen, der gerade auch in Deutschland in Wissenschaft, Politik und Presse zunehmend einseitig geführten wirtschaftspolitischen Debatte durch die Auslobung des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ zu mehr Pluralität zu verhelfen. Nur durch eine größere Theorienvielfalt, durch Methodenpluralismus und durch Interdisziplinarität kann ein wissenschaftlicher Wettstreit um die besten und richtigen ökonomischen Ideen, Modelle und Politikempfehlungen gewährleistet werden. Mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik sollen daher Wirtschafts- und Sozi-



Kurt Beck, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung

alwissenschafter_innen geehrt werden, die jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie oder des makroökonomischen Mainstreams neue Antworten auf die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit suchen.

Die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe und Förderung von Büchern und Texten, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben. Die Verleihung des mit 10.000,- Euro dotierten Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ entspricht somit den Zielen der Stiftung, die von Hans Matthöfer (1925-2009) – einem bekannten SPD-Politiker und Gewerkschafter, der zwischen 1974 und 1982 Minister in mehreren Bundesregierungen war – und seiner Frau Traute ins Leben gerufen wurde. Ich freue mich sehr, dass wir diese Preisverleihung dank des finanziellen Engagements der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in diesem wie auch in den kommenden Jahren vornehmen können.

Im Rahmen des Nominierungsverfahrens sind im Herbst letzten Jahres über 70 Vorschläge – neben ganzen Büchern auch Blog-Beiträge, Kolumnen, Kommentare und Reportagen in Zeitungen sowie Artikel in Fachzeitschriften und Online-Medien – bei uns eingegangen. Für diese rege Beteiligung möchte ich mich im Namen der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung ebenfalls sehr herzlich bedanken. Die große Anzahl an Einsendungen und auch die vielen positiven Rückmeldungen in den letzten Wochen zeigen, dass wir mit der Verleihung dieses Preises richtig liegen.

Von den eingegangenen Vorschlägen haben es fünf Autor_innen auf die sogenannte Shortlist geschafft. Dies waren:

- Thomas Piketty mit seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, erschienen im C.H. Beck Verlag, München 2014;
- Ulrike Herrmann mit ihrem Artikel „Linker als die Linken“, erschienen in der TAZ am 2.9.2014;
- Wolfgang Münchau mit seiner Kolumne „Die Eurokrise ist zur chronischen Krankheit geworden“, veröffentlicht auf Spiegel-online am 18.8.2014;
- Marcel Fratzscher mit seinem Buch „Die Deutschland-Illusion – Warum wir unsere Wirtschaft über-

- schätzen und Europa brauchen“, erschienen im Carl Hanser Verlag, München 2014; und last but not least
- Mark Blyth mit seinem Buch „Wie Europa sich kaputtspart – Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik“, erschienen im J.H.W. Dietz Verlag, Bonn 2014.

Die Mitglieder der unabhängigen Jury,

- Prof. Dr. Peter Bofinger von der Universität Würzburg und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
- Thomas Fricke, ehemaliger Chefökonom der Financial Times Deutschland, heute Chefökonom des Internetportals „NeueWirtschaftsWunder“ und Chefökonom der European Climate Foundation, sowie
- Dr. Brigitte Preissl, Chefredakteurin der Fachzeitschriften „Wirtschaftsdienst“ und „Intereconomics“

haben dann im Rahmen eines intensiven Begutachtungsverfahrens aus den fünf Finalist_innen den Gewinner ermittelt. Auch ihnen möchte ich für ihr Engagement und ihre Mitwirkung an dieser Stelle sehr herzlich danken.

Der Jury ist die Entscheidung nicht leicht gefallen. Dennoch stand am Ende fest: Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ 2014 geht an den schottischen Professor für Internationale Politische Ökonomie an der US-amerikanischen Brown University, Mark Blyth, für sein Buch: „Wie Europa sich kaputtspart – Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik“, dessen deutschsprachige Ausgabe im J. H. W. Dietz Verlag in Bonn im Herbst 2014 erschienen ist.

Ich denke, dass die Jury eine sehr gute Wahl getroffen hat. Das Buch von Professor Mark Blyth ist mit seinem Fokus auf die Problematik der Austeritätspolitik in Europa und vor dem Hintergrund der Diskussionen rund um die Griechenland-Krise und die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der Euro-Zone von äußerst hoher Aktualität. Von ihm können wichtige Impulse zur Überwindung der Krise in der Euro-Zone, die nun schon seit fünf Jahren andauert und deren Lösung offensichtlich weiterer wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen – statt mehr Austerität insbesondere mehr Investitionen – bedarf, ausgehen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der während des Festaktes zur Preisverleihung am 23. Februar 2015 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin gehaltenen Reden von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und Prof. Dr. Mark Blyth, dem Preisträger.

Festrede

Martin Schulz

Präsident des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Professor Blyth,
lieber Kurt Beck,
sehr geehrter Herr Professor Bofinger,
sehr geehrte Frau Professor Preissl,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich Herrn Professor Blyth herzlich gratulieren. Für Ihre kluge und pointierte Analyse „Wie Europa sich kaputtspart“ haben Sie den Hans-Matthöfer-Preis wirklich verdient. Ihr Buch ist ein hochwillkommener Beitrag zur andauernden Debatte über die richtige Wirtschaftspolitik in Europa.

Professor Blyth belegt – dafür bin ich Ihnen sehr dankbar –, dass nicht die hohen Staatsschulden für die wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre ver-

antwortlich waren, sondern ins Trudeln gekommene Banken durch ihr „too big to fail“ die Staaten effektiv zwangen, sie zu stabilisieren. Blyth spricht von einer „verschleierte Bankenkrisis“. Die Bankenunion, an der wir im Europäischen Parlament intensiv gearbeitet haben, war aus unserer Sicht nicht die alleinige, aber eine Antwort auf diese Problematik. Marode Banken sollen nicht länger wie in der Finanzkrise geschehen wieder andere Finanzinstitute mit in den Abgrund reißen, Staaten in wirtschaftliche Schwierigkeiten stürzen und den Steuerzahler in Haftung nehmen können. Das Auseinanderdriften von Haftung und Risiko war eine der dramatischsten Entwicklungen der letzten Jahre. Spekulanten erzielten Milliarden Gewinne und bezahlen dafür keine oder wenig Steuern, doch bei Verlus-



Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments

ten mussten die Steuerzahler_innen eintreten. Und deshalb ist die Bankenunion ein wahrhaft historisches Projekt, in seiner Bedeutung höchstens mit dem Binnenmarkt zu vergleichen.

Aber was tun, damit Europa wirtschaftlich endlich wieder auf die Beine kommt?

In den vergangenen Jahren hat der Glaube die europäische Wirtschaftspolitik bestimmt, man müsse nur die Staatsausgaben kürzen, dann würden die Schulden schon sinken, und Wachstum und Investoren kämen automatisch zurück. In der Eurozone hat also so etwas wie ein wirtschaftswissenschaftlicher Großversuch stattgefunden, für den nun bedauerlicherweise viele Menschen mit ihren Lebenschancen bezahlen müssen.

Trotz drastischer Verringerungen des strukturellen Defizits und Kürzungen bei den Ausgaben ist die Staatsverschuldung dennoch gestiegen. In Griechenland steht die Verschuldung heute bei 180 Prozent der Wirtschaftsleistung – 2010 waren es noch 150 Prozent. Portugal heute: 130 Prozent – 2010: 95 Prozent. Und Spanien, das 2008 noch Überschüsse im Staatshaushalt vorzuweisen hatte – und damals besser als Deutschland dastand –, hat heute eine Verschuldungsquote von 100 Prozent. Warum? Weil Spanien seine Sparkassen stabilisieren musste.

Noch schlimmer aber ist: Die Krisenländer stecken heute in einem veritablen Teufelskreis fest. Da sinken zunächst durch die Finanzkrise die Privatausgaben, der Konsum schrumpft, Unternehmen produzieren weniger und investieren wegen der schlechteren Zukunftsaussichten auch weniger, die Arbeitslosigkeit steigt, die Staatsausgaben erhöhen sich durch die notwendig werdenden Sozialausgaben dann ausgerechnet in einem Moment, in dem sich die Haushaltseinnahmen wegen gesunkener Steuereinnahmen verringern –, und schon rückt Schuldenabbau in unerreichbare Ferne, wachsen die Schulden sogar weiter.

Auf den Punkt gebracht: Die Schulden wachsen. Die Wirtschaft schrumpft.

Sinken gleichzeitig der Privatkonsum, die Unternehmensinvestitionen und die öffentlichen Ausgaben, dann hat man so etwas wie den „Perfekten Sturm“ – ein Rezept für eine Rezession.

Das Europäische Parlament weist, übrigens fraktionsübergreifend, seit Jahren darauf hin, dass in den Programmländern zu stark auf Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung gesetzt und zu wenig für Arbeitsplätze und Wachstum getan wird. Etwa die Reform der Industrie und der Verwaltung wurde bislang vernachlässigt; soziale Indikatoren weitgehend außer Acht

gelassen. Das Zusammenspiel von Haushaltskonsolidierung und restriktiver Lohnpolitik lässt die öffentliche und die private Nachfrage weiter schrumpfen. Mit fatalen Konsequenzen. Vor allem für die Menschen – für normale Familien, Arbeitnehmer_innen, kleine Angestellte und auch für Kleinunternehmer_innen und Mittelständler_innen.

Die Arbeitslosigkeit ist explodiert. Gerade die Jugendarbeitslosigkeit ist dramatisch. Und das, meine Damen und Herren, ist eine unserer größten, wenn nicht sogar die größte Herausforderung, vor der wir stehen. Mehr als fünf Millionen junge Menschen finden keine Arbeit. Sie zahlen mit ihren Lebenschancen für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Wir laufen Gefahr, dass unsere Kinder als verlorene Generation heranwachsen.

Auch die Armut steigt – 120 Millionen Menschen sind in Europa von Armut bedroht. Die Gesundheitsversorgung verschlechtert sich. Die Renten sinken.

Machen wir uns nichts vor: Reiche Menschen brauchen keinen starken Staat. Reiche Menschen können für Bildung, Gesundheitsversorgung und Sicherheit bezahlen. Es sind die normalen Bürger_innen, die einen starken Staat brauchen, der sie vor Lebensrisiken schützt.

Versagt der Staat zusehends diesen sozialen Schutz, zahlen die Menschen weiterhin die Zeche für die Finanzkrise, dann müssen wir uns wirklich nicht wundern, wenn diese Menschen immer mehr das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Handlungswilligkeit demokratischer Institutionen verlieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

um eines ganz klar zu sagen: Ich bin für nachhaltige Staatshaushalte. Nachhaltige Staatshaushalte sind aber kein Selbstzweck, sie sind eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir können unseren Kindern ja keine Schuldenberge hinterlassen. Die Erfahrung lehrt uns auch, dass eine zu hohe Schuldenquote negative Folgen nach sich zieht. Denn die Refinanzierung von Staatsschulden erschwert Wachstum, vor allen Dingen die Investitionstätigkeit des Staates, und belastet die Wirtschaft. Aber ich bezweifle, dass Sparen allein der richtige Weg zum Abbau von Staatsschulden ist!

Ohne Wirtschaftswachstum ist es einem Staat fast nicht möglich, Schulden abzubauen. Im Umkehrschluss heißt das: Nur durch Wirtschaftswachstum entstehen neue Arbeitsplätze und es erhöht sich die Nachfrage. Dadurch steigen dann auch die Staatseinnahmen wieder und Schuldenabbau wird möglich.

Die dramatischen Tage der Eurokrise liegen ja Gott sei Dank – oder Dank sei Mario Draghi – mittlerweile hinter uns.

Aber damit es in Europa endlich wieder solides Wirtschaftswachstum gibt, brauchen wir eine andere Wirtschaftspolitik. In seiner mittlerweile berühmten Rede in Jackson Hole warnte Mario Draghi dann auch davor, dass Geldpolitik allein nicht zum gewünschten Ergebnis führt, wird sie nicht von der richtigen Fiskalpolitik begleitet. Er fordert „(...) ein umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm zu gewährleisten“.

Warum wir ein solches Investitionsprogramm brauchen, das hat der Ökonom Wolfgang Münchau beantwortet. Er diagnostiziert der Eurozone ein „gesamtwirtschaftliches Nachfrageproblem“ und schlussfolgert: „Die mächtigste Waffe zur Lösung eines Nachfrageproblems ist ein vom Staat organisierter Nachfrageschub“.

Unsere Antwort darauf ist der Investitionsplan, den der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker am 26. November des vergangenen Jahres im Europäischen Parlament vorgestellt hat. Der Investitionsplan beweist unsere Entschlossenheit, Europa aus der Krise zu führen, und ist ein starkes Signal, dass wir für Europa einen neuen Weg hin zu Wachstum und Arbeitsplätzen einschlagen wollen. Damit der Investitionsplan als Konjunkturspritze funktionieren kann, muss er aber auch von Reformen auf nationaler Ebene begleitet werden.

Der Investitionsplan ist auch deshalb wichtig, weil das aktuelle Investitionsniveau weiter besorgniserregend niedrig bleibt, übrigens auch in der Bundesrepublik Deutschland. Europa hinkt den Vereinigten Staaten und China hinterher. Heute überflügeln sie uns bei den Investitionen und morgen hängen sie uns im Wettbewerb ab.

So sieht es aus.

Wenn wir wollen, dass Europa auch in Zukunft Weltspitze ist, müssen wir heute mit den richtigen Investitionen den Grundstein dafür legen. Mit Investitionen in Schulen und Universitäten. Denn die Qualifikation unserer Kinder ist im interkontinentalen Wettbewerb, in dem wir stehen, einer der ausschlaggebenden Faktoren. Mit Investitionen in die Solar- und Windenergie, um den Energiebedarf unserer Häuser und Betriebe zu stillen; in kraftstoffsparende Autos und erschwingliche Solarzellen, Robotertechnik und Faseroptik, die in Europa entwickelt und hergestellt werden, ebenso in unsere Infrastruktur, in Stromnetze und Breitbandssysteme, in Schienennetze und Straßen, die uns enger miteinander verbinden. Es gibt jede Menge Felder, in die investiert werden kann und in denen Arbeit geschaffen werden kann.

Und wenn Sie mir an der Stelle einen Einschub erlauben: Gerade im Feld der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie eröffnet sich nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt ein neuer Markt. Durch Investitionen in die Wind- und Solarenergie in Griechenland und in den Aufbau der notwendigen Transportnetze könnte Griechenland einer der großen zukünftigen Lieferanten erneuerbarer Energie in Europa werden.

Was wir Europäer endlich beenden müssen, das ist das ewige Schlechtreden unseres eigenen wirtschaftlichen Potenzials. Welcher Investor geht denn in eine Region, die sich selbst permanent so schlechtredet, wie wir Europäer das tun? Mit uns selber Schlechtreden bekommen wir diese Krise nicht bewältigt.

Investieren heißt Brücken in eine erfolgreiche Zukunft bauen. Investieren bedeutet aber nicht automatisch Schulden machen. Investieren bedeutet zunächst: Das Geld, das man hat, zum größtmöglichen zukünftigen Gewinn einzusetzen.

Geld wäre genug da, wenn wir uns von unserer einseitigen Fixierung auf die Ausgabenseite lösen und uns vermehrt darum kümmern, die Einnahmeseite der Staaten zu verbessern. Mancher ist dann schnell dabei, nach Steuererhöhungen zu rufen. Ich aber meine, wir sollten erst einmal alle fälligen Steuern auch wirklich eintreiben.

Durch Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verlieren europäische Regierungen jedes Jahr Einnahmen in Höhe von 1.000 Milliarden Euro! 1 Billion Euro – was man mit diesem Geld alles machen könnte! Würden alle Steuern eingetrieben, könnten binnen eines Jahrzehnts die Staatsschulden in Europa beglichen werden.

Wenn ausgerechnet die größten und erfolgreichsten Unternehmen keine Steuern zahlen, dann ist das nicht nur Gift für die Steuerehrlichkeit der Bürger_innen, es ist auch ein Skandal. Wie erklärt man Eltern, die jeden Euro zwei Mal umdrehen, um ihre Kinder durchzubringen, dass sie ehrlich ihre Steuern zahlen sollen, während internationale Großkonzerne weniger als ein Prozent Steuern zahlen? Das kann man nicht erklären.

Und wenn einige Länder Unternehmenssteuerdumping betreiben, dann ist das Gift für die Solidarität in Europa.

Deshalb: Ja, es gibt einige Fortschritte, etwa bei der Zinsbesteuerungsrichtlinie. Aber das geht alles zu langsam. Das Europäische Parlament hat eine Vielzahl fundierter Vorschläge unterbreitet, wie Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung effektiv bekämpft werden können. Nur, muss ich Ihnen sagen, das könn-

ten die Regierungschefs der Europäischen Union im Europäischen Rat schneller umsetzen. Ich frage mich, wie es möglich ist, dass wir über Nacht Hunderte von Milliarden mobilisieren, um Banken zu retten, und wir Jahre brauchen, um die Finanztransaktionssteuer in Europa zu verabschieden. Den Kampf gegen Steuerbetrag und Steuerhinterziehung müssen wir gewinnen. Das ist eine grundlegende Gerechtigkeitsfrage in unserer Gesellschaft, welche nicht nur im Mittelpunkt der notwendigen Debatten steht, sondern im Mittelpunkt der Überlebensfähigkeit unseres Demokratiemodells.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Abschluss möchte ich noch einen Punkt aufgreifen, der mir sehr am Herzen liegt: Ich erlebe, wie die Zentrifugalkräfte der Krise uns in Europa in den letzten Jahren auseinander trieben – anstatt uns enger aneinander zu binden. Alle sehen sich als Opfer. Nationale Egoisten sind gewachsen. Und auch das Misstrauen gegenüber den Nachbarn.

Es hat sich ein selbstgerechter Ton eingeschlichen, ökonomische Fragen werden moralisiert: Schulden vor allem als Schuld gesehen; leichtfertig wird von Schlendrian und Schlamperei gesprochen, andere vor allem belehrt.

Dafür zahlen wir einen hohen politischen Preis. Aber auch einen hohen wirtschaftlichen Preis. Denn diese nationale Perspektive verstellt den Blick darauf, dass Europa eben kein Nullsummenspiel ist, indem der eine verlieren muss, damit der andere gewinnen kann.

Europa ist ein Positivsummenspiel, in dem wir entweder alle verlieren oder alle gewinnen. Und das gilt für

kein Land mehr als für Deutschland. Geht es Deutschland wirtschaftlich gut, ist das wichtig für die Stabilität in Europa. Umkehrt gilt das aber auch: Gelingt der wirtschaftliche Aufschwung in Europa nicht, dann leidet langfristig Deutschland darunter.

Deshalb: Debatten, in denen es nur darum geht, einen Sündenbock zu finden, nationale Pfründe zu verteidigen und unsere Verantwortung für Europa klein zu reden, schaden uns am Ende nur selbst. Stattdessen sollten wir gemeinsam dafür sorgen, dass es uns gelingt, die Wirtschaft in Europa wieder anzukurbeln. Der Investitionspakt kann seinen Beitrag dazu leisten.

Wir haben viele Chancen in Europa. Wir müssen diese Chancen aber auch ergreifen wollen.

Meine Damen und Herren,

wenn Europa dabei ist sich kaputtzusparen, so das provokante Motto dieser Veranstaltung, dann ist das ein Satz, der vielleicht schnell mal so dahin gesagt ist, der aber ernste Konsequenzen hätte. Denn das bedeutet, dass dadurch unser europäisches Gesellschaftsmodell dauerhaft beschädigt würde. Ein Gesellschaftsmodell, dessen Grundlage es ist, die Würde eines jeden Menschen zum Maßstab des gesellschaftlichen und politischen Handelns zu machen. Wenn der Weckruf von Professor Blyth uns alle wieder dahin zurückführt, in den Mittelpunkt unseres Handelns nicht Kapitalinteressen, sondern die Würde des Menschen zu stellen, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Laudatio

Peter Bofinger

Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Ich freue mich sehr, heute die Laudatio auf das Buch von Mark Blyth halten zu dürfen. Auf den ersten Blick stand die Jury bei ihrer Auswahl vor keiner leichten Aufgabe. Die Krisen der vergangenen Jahre haben zu einer ganzen Reihe herausragender Wirtschaftsbücher geführt. Das prominenteste ist dabei zweifellos „Capital in the 21st Century“ von Thomas Piketty.

Auf den zweiten Blick ist uns dann aber die Entscheidung für Mark Blyth sehr leicht gefallen. Sein Thema, die Austerität, ist von fundamentaler Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Währungsunion und damit für ganz Europa. Dabei verdeutlichen seine umfassenden theoretischen Betrachtungen und seine scharfsinnigen empirischen Analysen, welche gravierenden Fehler in der Wirtschaftspolitik der vergange-

nen Jahre im Namen der Austerität begangen worden sind. Und es wird deutlich, aus welchen tiefen ideologischen Wurzeln das heute so dominante Austeritätsdenken sich speist. Dabei ist das Buch äußerst gut geschrieben und sehr spannend zu lesen, weil es von einer erfrischenden Deutlichkeit ist. Das Buch hat den Mut, wie Mark Blyth selbst sagt, den Unsinn beim Namen zu nennen.

Mark Blyths Buch müsste zur Pflichtlektüre für die europäischen Wirtschaftspolitiker_innen werden und ganz besonders natürlich für alle deutschen Regierungsmitglieder. Denn nach wie vor steht das Thema Austerität ganz oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda des Euroraums. Und nach wie vor scheint man gerade in Berlin zu glauben, fiskalische Sparma-



Peter Bofinger, Mitglied der Jury

ßen seien tatsächlich in jeder wirtschaftlichen Situation sinnvoll und zielführend, wobei im Zweifel mehr sparen immer besser sei als weniger sparen. Ganz nach dem Motto: Viel hilft viel.

Ganz konkret lässt sich die Relevanz des Themas Austerität an der aktuellen Situation Griechenlands beschreiben. Das Land ist eindeutig einer Überdosis an Austerität zum Opfer gefallen. Die Troika hat von Anfang an die negativen Wachstumseffekte ihrer Therapie völlig unterschätzt. Der IWF hat das ja ganz offen zugegeben. Das hat die Troika jedoch nicht davon abgehalten, im Juni 2014 erneut ein völlig unrealistisches Programm für Griechenland zu formulieren. Danach hätte das Land in diesem und im nächsten Jahr weitere Einsparungen vornehmen müssen, um den Primärsal-

do von 1,5 Prozent im Jahr 2014 auf 3 Prozent in diesem und auf 4,5 Prozent im nächsten Jahr anzuheben. Kann man ernsthaft glauben, dass es bei einer solchen Politik zu einem Anstieg der realen Wachstumsrate von 0,6 Prozent im Jahr 2014 auf 3,7 Prozent im Jahr 2016 kommt, wie das die Troika in ihrem Programm unterstellt? Es ist keine Frage, dass das Auftreten der neuen Regierung Griechenlands verfehlt war, aber es ist auch keine Frage, dass eine grundlegende Neujustierung des Programms unumgänglich ist.

Das Thema Austerität ist jedoch nicht nur im Kontext von Griechenland von zentraler Bedeutung. Es prägt nach wie vor die gesamte Wachstumsstrategie des Euroraums. Aber ist es wirklich angemessen, wenn sich alle Länder gleichzeitig um Strukturreformen be-



mühen, die in erster Linie auf Lohnsenkung abzielen? Und kann der Euroraum wirklich wieder in Schwung kommen, wenn die nationalen Fiskalpolitiken in erster Linie darauf abzielen, über weitere Einsparungen zu ausgeglichenen Haushalten zu gelangen? Ist Austerität also die richtige Strategie, um die nach wie vor erschreckend hohe Arbeitslosigkeit im Euroraum in einer vertretbaren Zeitspanne zu reduzieren?

Für diese fundamentalen Fragen findet man bei Mark Blyth wichtige Einsichten. Er bringt es wie folgt auf den Punkt:

„Alles in allem ist die Austerität also aus drei Gründen eine gefährliche Idee: Sie funktioniert nicht in der Praxis; sie lässt die Armen für die Fehler der Reichen bezahlen; sie basiert darauf, dass der Fehlschluss von den Teilen auf das Ganze kein Problem darstellt.“

Lassen Sie mich das im Einzelnen etwas näher ausführen.

Für jede Therapie bedarf es einer angemessenen Diagnose. Während gerade hier in Berlin immer wieder von der Staatsschuldenkrise die Rede ist, zeigt Mark Blyth überzeugend, dass es sich bei der Eurokrise im Kern nicht um eine Krise des Staates, sondern um eine Krise des Marktes handelt. Der Großteil der Probleme resultiert aus einer ungezügelter privaten Kreditaufnahme und einer völlig unzureichenden Kreditwürdigkeitsprüfung durch das Bankensystem. Natürlich gebe es auch Fehlverhalten im Bereich des Staates. Aber man muss ganz klar feststellen: Griechenland ist hier die Ausnahme und nicht die Regel.

Die Krise wurde nur dadurch zu einem Problem für die Staaten, da sie sich gezwungen sahen, für die Fehler der Finanzmärkte einzustehen und mit umfangreichen Krediten und Garantien zur Stabilisierung von Banken aufkommen mussten.

Die hohen Staatsdefizite und die steigende staatliche Verschuldung in den Jahren 2008 bis 2010 sind also keine Ursache der Probleme, sondern vielmehr eine notwendige Reaktion und Therapie des Fehlverhaltens der Marktteilnehmer_innen.

Der Versuch, in einer solchen Situation an einem ausgeglichenen Haushalt festzuhalten, würde in einer Katastrophe enden. Das ist der von Mark Blyth angesprochene Fehlschluss von den Teilen auf das Ganze: Wir können nicht alle gleichzeitig durch Sparen zum Wachstum finden. Das eindrucksvollste Beispiel hierfür ist die Politik des Reichskanzlers Heinrich Brüning in den Jahren 1930-32. Er setzte – übrigens mit Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei, wie man bei Mark Blyth nachlesen kann – eine rigorose Sparpolitik durch. Dabei gelang es ihm tatsächlich, das Defi-

zit nahezu bei Null zu halten, aber der ökonomische und politische Flurschaden war immens.

Immerhin hat die Staatengemeinschaft bei ihrer Reaktion auf die Große Rezession im Herbst 2008 zunächst durchaus richtig gehandelt. Mark Blyth spricht davon, dass alle für zwölf Monate Keynesianer gewesen seien. Der Einbruch der Weltkonjunktur konnte überraschend schnell überwunden werden.

Doch dann schlug die Stunde der Austerität. Nicht in den Vereinigten Staaten oder in Japan, wo man weiterhin hohe Defizite machte, dafür aber umso mehr in Europa. Vor allem von deutschen Politiker_innen, aber auch von der EZB wurde jetzt die Philosophie der „wachstumsfreundlichen Konsolidierung“ propagiert. Wie Mark Blyth sehr eindrucksvoll herausarbeitet, geht es dabei um nicht mehr und nicht weniger als um eine Politik, die darauf abzielt, den Wohlfahrtsstaat grundlegend zu schrumpfen.

Natürlich braucht man für diese Therapie „weniger Staat“ die Diagnose Staatsversagen, also Staatsschuldenkrise. Wenn man aber zutreffend die Krise als eine Krise des Marktes sieht, läuft eine solche Therapie in der Tat darauf hinaus, dass man die Armen für die Fehler der Reichen bezahlen lässt. Die Perversion des Denkens wird dabei auch darin deutlich, dass die Vertreter der „wachstumsfreundlichen Konsolidierung“ sehr stark auf die disziplinierenden Effekte des Marktes setzen. Marktdisziplin läuft dabei jedoch darauf hinaus, dass Märkte, die massive Fehler gemacht haben und deshalb von Staaten mit hohen Defiziten gerettet werden mussten, nun zu Richtern über die sie rettenden Staaten gemacht werden.

Wie konnte es zu einer solchen Konfusion des Denkens kommen? Für die unglaubliche Dominanz der Marktideologie ausgerechnet in einer Phase, in der der Markt in einer unfassbaren Weise gescheitert ist, bedarf es einer tiefen ideologischen Verankerung.

Hier führt Mark Blyth den Leser und die Leserin zu den theoretischen und ideologischen Quellen der Austeritätspolitik. Sie liegen im Liberalismus von John Locke und David Hume, also einem Denken, das das Individuum vor dem unberechenbaren Staat des 17. und 18. Jahrhunderts zu schützen versucht und dem Staat entsprechend kritisch gegenüber steht. So ist schon bei Hume zu lesen:

„Es könnte kaum unklüger sein, einem verschwenderischen Sohn Kredit bei jeder Bank in London zu gewähren, als einen Staatsmann zu ermächtigen, in dieser Art Wechsel auf die Nachwelt auszustellen.“ (Über Staatskredit)

Ähnlich skeptisch sieht Adam Smith die Staatsver-

schuldung. Sie korrumpiere Sparer_innen, bringe Kaufleute auf den falschen Weg und ruiniere den gemeinsamen Wohlstand (Blyth S. 157). Bei Smith kommt auch erstmals etwas ins Spiel, das auch heute wesentlich die Diskussion über die Staatsverschuldung prägt, sie wird schlichtweg als unmoralisch angesehen.

Bei der Spurensuche führt Mark Blyth den Leser und die Leserin dann weiter zur österreichischen Schule der Nationalökonomie zu großen Ökonomen wie Ludwig van Mises und Joseph Schumpeter. Kennzeichnend für ihr Denken ist ein unbegrenztes Marktvertrauen. Es geht soweit, dass Krisen als unvermeidlich angesehen werden. Schumpeter spricht vom „Prozess der schöpferischen Zerstörung“. Ihn durch staatliche Intervention, also durch staatliche Verschuldung aufzuhalten, wäre geradezu kontraproduktiv. Dieser Glaube an die Unausweichlichkeit der Krise hat auch im politischen Diskurs zur Eurokrise zumindest in Deutschland eine ganz zentrale Rolle gespielt.

Dass die Austeritätsideologie gerade in Deutschland eine so große Dominanz erreichen konnte, führt Mark Blyth auf die starke Verankerung der deutschen Ökonomie in den Denkkategorien der Ordnungspolitik vor allem von Walter Eucken zurück. Sie steht dem Staat nicht grundsätzlich negativ gegenüber, aber seine Funktion soll sich darauf beschränken, gleichsam die Spielregeln zu definieren und zu überwachen. Ein aktives Eingreifen in das Spiel des Marktes, sei es durch Mindestlöhne, die Förderung erneuerbarer Energien oder aber durch kreditfinanzierte Investitionen wird in dieser Denktradition äußerst kritisch gesehen. Lesen Sie dazu nur einmal die Gutachten des Sachverständigenrates.

Zu den großen Überraschungen des Buches zählen die Passagen über den starken Einfluss italienischer Ökonomen auf die Austeritätspolitik in Europa. Ökonomen wie Alberto Alesina und Roberto Perotti haben mit ihren empirischen Studien einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Austeritätspolitik Anfang dieses Jahrzehnts in Europa salonfähig wurde.

Die Attraktivität ihrer Analysen ist leicht nachvollziehbar. Behaupten sie doch, dass die Sparpolitik nicht wie zu vermuten mit negativen Effekten auf Wachstum und Beschäftigung verbunden sei. Nein, das Gegenteil sei der Fall, es komme zu mehr wirtschaftlicher Dynamik. Kein Wunder, dass diese Theorie von den europäischen Wirtschaftspolitikern_innen begierig aufgegriffen wurde. So sprach Wolfgang Schäuble in einem Beitrag für die Financial Times von der „expansiven fiskalischen Konsolidierung“. Und Jean Claude

Trichet stellte 2010 fest: “It is an error to think that fiscal austerity is a threat to growth and job creation. At present, a major problem is the lack of confidence on the part of households, firms, savers and investors who feel that fiscal policies are not sound and sustainable”.

Wie Mark Blyth zeigt, sind die Analysen von Alesina und seinen Mitstreitern äußerst fragwürdig. Insbesondere ihre Musterbeispiele, Dänemark und Irland, sind wenig überzeugend. Doch das hinderte die Politik nicht, sich bei den Rettungsprogrammen genau an die Therapie der so genannten Bocconi-Boys zu halten:

„Drei Zutaten scheinen wichtig zu sein für eine erfolgreiche nachhaltige expansive Haushaltssanierung. Sie muss Kürzungen bei Transfers, wohlfahrtsstaatlichen Programmen und staatlichen Lohnausgaben mit Lohnzurückhaltung und einer Abwertung unmittelbar vor der fiskalischen Straffung kombinieren.“ Die Steuern in einer Rezession zu erhöhen, mache alles nur schlimmer.

Der wundersame Mechanismus, mit dem hier gleichsam die Gesetze der ökonomischen Schwerkraft überwunden werden, sind die Erwartungen der Privaten. Sie werten die Ausgabenkürzungen als permanente Steigerung ihres verfügbaren Einkommens. Das bringt sie dazu, unmittelbar in der Gegenwart mehr auszugeben.

Wie Mark Blyth zeigt, sind mittlerweile die Befunde von Alesina und seinen Mitstreitern in mehreren Studien, insbesondere von IWF-Mitarbeitern, überzeugend widerlegt worden.

Die stärkste empirische Widerlegung der „expansiven Konsolidierung“ ist Griechenland. Hier wurden die Ausgaben für Transfers und Staatsbedienstete so konsequent gekürzt wie in keinem anderen Land zuvor. Aber anstelle von positiven Erwartungseffekten ist das Land von einer totalen Verzweigung geprägt.

Umgekehrt hat Spanien, das heute allgemein als Beispiel für erfolgreiche Anpassung gefeiert wird, seine Staatsausgaben nahezu konstant gehalten und es weist dabei ein weitaus höheres Defizit als Griechenland auf.

Die Krise in Griechenland zeigt, wohin es führt, wenn eine völlig überzogene Austeritätspolitik betrieben wird. Der ökonomische und politische Schaden ist immens.

Es bleibt zu hoffen, dass die Lektüre des faszinierenden Buches von Mark Blyth möglichst viele für die Gefahren einer ideologisch fixierten Sparpolitik sensibilisiert. Jeder Student und jede Studentin der Ökonomie sollte es gelesen haben, bevor man ihn oder sie auf ganze Volkswirtschaften loslässt.

Dankesrede

Mark Blyth

Eastman Professor für Internationale Politische Ökonomie, Watson Institut für Internationale Studien, Brown University in Providence , Rhode Island, USA

Es ist eine Ehre und Ironie zugleich, dass ich heute hier stehe und den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik 2014 entgegennehme.

Eine Ehre ist es, angesichts des Wettbewerbs diese Anerkennung überhaupt zu erhalten. Um nur einige andere Kandidaten zu nennen: Thomas Piketty ist vielleicht mein Lieblingsökonom und Wolfgang Münchau mein Lieblingsjournalist. Diese Anerkennung, mit ihnen zusammen erwähnt zu werden, ist mir daher eine Ehre.

Doch liegt auch eine gewisse Ironie darin, diese Anerkennung in einem Land zu erhalten, das – zumindest an der Spitze – vollkommen immun gegen die Botschaft des heute Abend von Ihnen ausgezeichneten Buches ist.

Austerität als Wirtschaftspolitik ist etwas, das einfach nicht funktioniert. In den Fällen, in denen es so aussah, als ob es funktioniere, waren in Wirklichkeit andere Kräfte am Werke, in der Regel die Abwertung einer unabhängigen Währung bei gleichzeitiger Expansion eines weit größeren Handelspartners, wodurch das Exportgeschäft kurzfristig angekurbelt wurde. Zusammen mit der Exportexpansion fanden zwar Haushaltskürzungen statt, doch waren es nicht diese Kürzungen, die den Ausschlag gaben, sondern die Zunahme an Exporten.

Aber ich habe hier schon einmal gestanden und über Austerität gesprochen, also lassen Sie uns die wenigen Minuten, die wir heute haben, dazu nutzen, nach



vorn zu schauen, statt auf die Vergangenheit zurückzublicken.

Zurzeit dreht sich alles um Griechenland und die Möglichkeit eines Kreditausfalls oder Grexit. Dies ist eine für alle Seiten aussichtslose Position. Die Griechen können angesichts der Tatsache, dass die eingeleitete Politik, die ihr Wachstum unterstützen sollte, zum Zusammenbruch fast eines Drittels ihrer Wirtschaft geführt hat, ihre Schulden nicht zurückzahlen. Die Jungen und Begabten haben das Land verlassen, und zurück bleiben Rentner_innen und öffentlicher Dienst.

Doch diese Tatsache anzuerkennen bringt uns zu Problemen in Schuldnerländern wie Irland, Portugal und Spanien, mit denen sich Gläubigerländer wie Deutschland nicht befassen wollen. Wie soll es also weitergehen, und inwiefern kann eine sozialdemokratische Partei hierbei wegbereitend sein?

Zwei Probleme stechen dabei für mich besonders hervor:

Das erste ist das, was ich in meinem Buch als „das falsche Versprechen einer Strukturreform“ bezeichne. Es besteht kein Zweifel, dass die Schuldnerländer Europas größerer Reformen in Bezug auf Steuersysteme, Arbeitsmärkte, Regulierung und viele andere Bereiche bedürfen. Aber ...

a) wenn wir von einer „Strukturreform“ sprechen, haben wir entweder keine Ahnung, was dieses Wort bedeutet und verwenden es nur als zweifelhafte Anerkennung des Scheiterns der Austeritätspolitik, ...
oder ...

b) wir sind uns nicht darüber im Klaren, was wir getan haben und erkennen daher nicht, dass es für alle anderen unmöglich ist, es uns nachzutun.

Lassen Sie mich dies kurz erklären.

Früher sprach man von „strukturellen Anpassungen“ statt von „Strukturreform“ – ein Konzept, das europäische Linke wie wir als absurd, lächerlich, verrückten Neoliberalismus etc. verurteilten. Und doch lassen wir eine solche Politik, trotz des Schadens, den sie in den Entwicklungsländern angerichtet hat, anscheinend gerne auf unsere europäischen Partner los.

Inhaltlich besteht die Agenda offenbar darin, die Steuern zu senken, die Wirtschaft in großem Stil zu deregulieren, alles, was nicht niet- und nagelfest ist, zu privatisieren und dann einmal auf das Beste zu hoffen.

Aber ist das nicht beunruhigend amerikanisch, wenn nicht gar thatcheristisch? Ist das nicht alles etwas, das die SPD ablehnen sollte und das ein Großteil der deutschen Bevölkerung niemals tolerieren würde?

Die europäischen Reformen kommen unter dem subtileren Deckmantel daher, einfach von allen eine „größere Wettbewerbsfähigkeit“ zu verlangen – und wer könnte dagegen schon etwas einzuwenden haben?

Bis einem dann wieder einfällt, dass ein Wettbewerb mit den eigenen Haupthandelspartnern in der gleichen Währungsunion das Problem eines gleitenden Durchschnitts kontinentaler Ausmaße aufwirft.

Statistisch gesehen ist eine „größere Wettbewerbsfähigkeit“ aller absurd. Das ist so, als wenn jeder versuchen würde, „über dem Durchschnitt“ zu liegen. Es klingt vernünftig, bis wir einmal an die Größe unserer Kinder denken. Per definitionem muss irgendwer der Kleinste sein.

Doch irgendetwas muss geschehen, und oft hören wir, dass Deutschland als „kranker Mann Europas“ die „bittere Pille“ der Hartz-Reformen geschluckt habe und wettbewerbsfähiger geworden sei. Dadurch habe Deutschland die Krise überlebt und sei daraus noch stärker hervorgegangen. Daraus wird dann rasch der Schluss gezogen, dass auch der Rest Europas „Strukturreformen“ akzeptieren müsse.

Diese Geschichte wird gern erzählt, doch ist sie leider falsch, und ihre Anwendung auf andere Länder beruht auf einer recht offensichtlichen Missdeutung der jüngeren deutschen Geschichte.

Christian Dustmann vom University College London und seine Mitarbeiter haben diese Frage eingehend untersucht und sind zu dem Schluss gekommen, dass die größere Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Wirklichkeit auf drei miteinander zusammenhängende Phänomene zehn Jahre vor der Hartz-Reform zurückzuführen ist.*

Erstens: die Wiedervereinigung. Dadurch, dass plötzlich zehn Millionen zusätzliche Arbeiter_innen auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind, wird ein massiver

* Dustmann, Christian; Fitzenberger, Bernd; Schönberg, Uta; Spitz-Oener, Alexandra 2014: From Sick Man of Europe to Economic Superstar: Germany's Resurgent Economy, in: Journal of Economic Literature, 28 (1), S. 167-188.

Lohndruck nach unten ausgeübt, der sich um 1994 zu zeigen beginnt.

Zweitens: Die Auslagerung deutscher Automobilzulieferer in die ehemaligen Ostblockstaaten macht den Export noch wettbewerbsfähiger. Dieses Phänomen beginnt sich etwa zur gleichen Zeit bemerkbar zu machen.

Drittens: Zum gleichen Zeitpunkt erkennen die deutschen Gewerkschaften, dass Globalisierung östlich der Elbe beginnt und hören einfach damit auf, Lohnerhöhungen zu fordern.

Das Ergebnis dieser drei Phänomene in Kombination ist ein Druck auf die Löhne seit fast 20 Jahren, der durch die Transfers des Sozialsystems maskiert wird. So entsteht Wettbewerbsfähigkeit.

Im Zuge der Hartz-Reform zehn Jahre später wird dann jungen Leuten die Sozialhilfe gestrichen, und sie werden in Mini-Jobs untergebracht. Das Ergebnis dieser Maßnahme ist eine Expansion des geschützten Dienstleistungssektors und eine chronische Unterbezahlung, der durch die Einführung eines Mindestlohns begegnet werden muss.

In der Tat sind fast alle im Rahmen der Hartz-Reform geschaffenen Stellen wenig produktive Beschäftigungen im geschützten Dienstleistungssektor. Der Exportsektor, der „wettbewerbsfähige Teil“ der Wirtschaft, hängt von der Nachfrage ab, die anderswo auf der Welt generiert wird. Hier werden weiterhin Stellen gestrichen statt geschaffen, da in der hochqualifizierten Produktion die Arbeitskraft durch Kapital ersetzt wird.

Wenn Dustmann et al. Recht haben, und ich denke, das haben sie, dann ist die Chance, dass sich diese Lektionen auf andere Länder übertragen lassen, gleich null.

Kein anderes Land hat nebenan ein Ostdeutschland, das zu einem Druck auf die Lohnkosten beiträgt, und selbst wenn alle trotzdem zu diesem Mittel greifen würden, würde dadurch nur der aggregierte Verbrauch gesenkt, was eine allgemeine Verarmung zur Folge hätte.

Die Lehre, die wir hieraus ziehen können, ist vielleicht, dass Deutschland nur Deutschland ist, weil alle anderen eben „nicht Deutschland“ sind. Zu versuchen, alle Länder Deutschland ein bisschen ähnlicher zu machen, kann nur die Expansion eines schlecht bezahlten Dienstleistungssektors und zum Ausgleich die Einführung eines Mindestlohns bedeuten.

Ich denke, das ist nicht das, was die Befürworter_innen einer Strukturreform empfehlen, doch es ist das, was dabei herauskommen kann.

Mein zweiter Punkt bringt uns zurück zu dem Gedanken, dass wir inzwischen recht gern von „Gläubiger-

ländern“ und „Schuldnerländern“ statt von „europäischen Ländern“ sprechen, gerade so als ob „Gläubiger“ oder „Schuldner“ ein nationales Charakteristikum sei.

Einer der toxischsten Aspekte der Austeritätspolitik ist der damit einhergehende Diskurs, der die komplexen Formationen von Klassen und Institutionen auf die Grundlagen von Rasse und Identität reduziert.

Doch wenn man einmal darüber hinaus blickt, gibt es da ein größeres Problem, das die linken Parteien angehen müssen, und zwar eines, an dessen Entstehung sie leider mitbeteiligt waren.

In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, in denen aus heutiger Sicht das wirtschaftliche Klima offenbar doch eher freundlich war, waren die Gewinne von Unternehmen sehr niedrig und der Anteil der Arbeiterschaft am Volkseinkommen sehr hoch, während die Inflation zunahm. Man erzählte uns, diese Situation sei nicht tragbar, und so wurden neue Institutionen geschaffen, um zu gewährleisten, dass diese spezielle Kombination von Folgen nie wieder auftreten würde.

In dieser Hinsicht waren wir außerordentlich erfolgreich. Die Gewinne der Unternehmen sind höher denn je, der Anteil der Arbeiterschaft am Volkseinkommen ist so niedrig wie selten zuvor und die Inflation hat einer Deflation Platz gemacht. Sind wir mit dieser Veränderung jetzt glücklicher?

Was wir in den letzten 30 Jahren getan haben, ist ein Gläubigerparadies mit positiven Realzinsen, niedriger Inflation, offenen Märkten, klein gehaltenen Gewerkschaften und staatlichem Rückzug zu schaffen – und das alles unter der Kontrolle nicht gewählter Wirtschaftsfunktionäre in den Zentralbanken, die nur das eine Ziel haben, dieses Gläubigerparadies aufrechtzuerhalten.

Warum sollten Sie in einer solchen Welt jemals eine Lohnerhöhung erhalten? Ist es da noch erstaunlich, dass Ungleichheit überall ein Problem ist?

In Europa spielt sich das Ganze auf nationaler und auf internationaler Ebene zwischen Gläubigerländern (gut) und Schuldnerländern (schlecht) ab, wobei es gilt, die Rechte der Gläubiger zu schützen und sich an die Parole „Schulden müssen zurückgezahlt werden“ zu halten.

Dies ist jedoch schon unter einfachen wohlfahrtsökonomischen Gesichtspunkten Unsinn. Wenn der Preis für den Druck auf den Schuldner ist, dass dieser in der Schuldknechtschaft verbleibt, oder wenn die Verluste für die Gläubiger niedriger sind als die Kosten für eine Bedienung des Kredits bis in alle Ewigkeit, dann ist ein Kreditausfall wirtschaftlich effizient, wenn nicht gar eine moralische Pflicht.

Es ist schon eine große Ironie, dass die europäischen Sozialdemokraten sich heute einerseits zu Recht Sorgen wegen des Investorenschutzes im geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA machen und andererseits ohne zu zögern die Durchsetzung eines ebensolchen Gläubigerschutzes gegenüber ihren europäischen Partnern verlangen.

Wenn die Sozialdemokratie dies richtig findet, liegt etwas im Argen. Es ist nicht richtig, denn es führt zu der Grundsatzfrage: „Wofür sind Sie, wenn Sie hierfür sind?“

Die deutschen Sozialdemokraten, die Erben Rosa Luxemburgs, stehen heute als Mitbehüter_innen eines Gläubigerparadieses da. Wollen Sie das wirklich sein?

Die Geschichte des modernen Europas hat schon oft aufgrund von Entscheidungen der SPD eine Wendung genommen. Dies ist ein solcher Augenblick.

Es ist schön, dass mein Buch geholfen hat, Sie daran zu erinnern. Doch reicht es nicht, sich die Geschichte ins Gedächtnis zurückzurufen. Worum es geht ist, wieder die Stimme zu erheben. Sie verlieren die Stimmen Ihrer Wähler_innen nicht, weil Sie sich nicht genug der CDU anpassen. Sie verlieren sie, weil es, wenn das alles ist, was Sie tun, keinen Grund gibt, Sie überhaupt zu wählen.

Ich hoffe, mein Buch erinnert die SPD daran, dass ihr Daseinszweck darin besteht, mehr als die einfache Durchsetzung eines Gläubigerparadieses in Europa zu erreichen. Ich danke Ihnen für diesen Preis und hoffe, dass dieses Buch uns alle dazu anregt, noch einmal zu überdenken, was für eine Art Wirtschaft wir für uns, unsere Kinder und unsere europäischen Mitbürger_innen aufbauen wollen.



Programm der Preisverleihung - 23. Februar 2015

Verleihung des Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik "Wirtschaft.Weiter.Denken." 2014 an Prof. Mark Blyth, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Wie Europa sich kaputtspart – Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik

- 18:30 Uhr Musikalische Einführung durch das clair-obscur Saxophonquartett
- 18:35 Uhr **Begrüßung**
Kurt Beck, Ministerpräsident a. D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 18:40 Uhr **Festrede**
Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments
- 18:55 Uhr **Laudatio auf den Preisträger**
Prof. Dr. Peter Bofinger, Universität Würzburg, Mitglied des Sachverständigenrates,
Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik
- Übergabe des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik**
 "Wirtschaft.Weiter.Denken." 2014 an Prof. Mark Blyth
- 19:15 Uhr **Rede des Preisträgers**
Prof. Mark Blyth, Eastman Professor of Political Economy, Watson Institute for
International Studies, Brown University in Providence, Rhode Island, USA
- 19:25 Uhr Musikalischer Ausklang durch das clair-obscur Saxophonquartett
- 19:30 Uhr Ende
- Musikalische Begleitung: clair-obscur Saxophonquartett –
 Jan Schulte-Bunert, Maike Krullmann, Christoph Enzel, Kathi Wagner



